

Wirtschaft



Microsoft hat die besten Karten beim EDA-Auftrag. Foto: Thibault Camus (Keystone)

Das EDA benachteiligt Schweizer Hersteller

Das Aussendepartement schreibt einen Millionenauftrag für einen neuen Internetauftritt aus. Die Gewinner stehen bereits fest.

David Vonplon

Unter der Meldenummer 686333 schreibt der Bund im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» ein «strategisches Vorhaben von hoher Priorität» aus: Bis im Frühling 2013 will das Aussendepartement (EDA) seinen Internet-Auftritt von Grund auf neu gestalten. Auch die Internet-Auftritte aller ausländischen Vertretungen, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und der Kooperationsbüros sollen neu realisiert werden.

Am 20. September wurde die Ausschreibung publiziert, bis Ende Oktober haben IT-Anbieter Zeit, ihre Offerte beim Bundesamt für Bauten und Logistik einzureichen. Allein für die Konzeptionsphase veranschlagt das EDA laut eigenen Aussagen 900 000 Franken, bei 380 veranschlagten Arbeitsstunden. Für die Realisierung der Webplattformen sowie für deren Support und Wartung in den folgenden vier Jahren dürfte der Bund bei 12 000 budgetierten Arbeitsstunden einen zweistelligen Millionenbetrag ausgeben, sofern das EDA den ganzen Auftrag wie geplant realisiert.

Problematische Vergabepaxis

Noch bevor der Auftrag an einen Anbieter vergeben wurde, sorgt die Ausschreibung für Kritik: Die Schweizer Open-Source-Anbieter fühlen sich benachteiligt. Sie stellen Computersoftware her, die beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden kann. Sie kritisieren, dass die Webplattformen laut Auftragsbeschreibung «zwingend» auf Software der US-Riesen Microsoft und Adobe basieren müsse. «Es widerspricht der Rechtsprechung des Bundesgerichts, dass das EDA vorgibt, von welchen Herstellern die Software für die Webplattform stammen muss», sagt Matthias Stürmer, Geschäftsleiter der parlamentarischen Gruppe «Digitale Nachhaltigkeit».

Stürmer verweist auf das jüngste Bundesgerichtsurteil über die Vergabe eines Auftrags über 42 Millionen Franken an Microsoft durch den Bund. Open-Source-Anbieter hatten Beschwerde eingereicht, weil der Bund im Vergabewettbewerb keine Konkurrenten eingeladen hatte. Sie blitzten mit ihrer Beanstandung aber ab, da die Richter in Lausanne ihnen die Beschwerdeberechtigung

absprachen. Inhaltlich jedoch habe das Bundesgericht die Forderung bestätigt, dass die Ausschreibung nach rein funktionalen Kriterien erfolgen müsse.

Vor diesem Hintergrund halten auch Beschaffungsrechtler die Vergabepaxis des Bundes für problematisch, zumal das Aussendepartement von einem offenen Verfahren spricht: «Das ist wie wenn man einen Architekten für ein Projekt sucht, man aber zugleich sagt, die Pläne müssten von Jean Nouvel stammen», kritisiert Verwaltungsrechtler Philipp do Canto. Alle Open-Source-Firmen würden von vornherein ausgeschlossen.

Beim Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), das den Ausschreibungsprozess überprüft hat, kann man keinen Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung erkennen. EDA-Sprecher Adrian Sollberger wiederum betont, eine Ablösung der technischen Plattformen von Microsoft und Adobe steht gar nicht zur Diskussion, da diese gegenwärtig auch für andere Anwendungen genutzt würden. Stattdessen gehe es in der Ausschreibung darum, Spezialisten zu finden, welche die neue Internet-Plattform konzipieren und realisieren», so der Sprecher.

Christian Walter vom Label Swiss Made Software, das 150 Schweizer IT-Firmen vertritt, kritisiert, dass der Bund mit seiner Vergabepaxis nicht für gleich lange Spiesse bei allen Anbietern Sorge. Stattdessen würden die US-Software-Giganten begünstigt. Walter warnt davor, dass der Bund auf ein sogenanntes Lock-In zusteure. Mit anderen Worten: Ein Wechsel zu Anbietern freier Software wird immer schwieriger – und unwahrscheinlicher. Darunter litten auch Schweizer Software-Hersteller: «Eine gesunde Schweizer Software-Branche kann nur existieren, wenn Alternativen zu den US-Softwareherstellern kultiviert werden», so Walter.

Auch im Parlament war der Auftrag des EDA Thema. «Weshalb ist die Ausschreibung nicht korrekt erfolgt?», wollte SP-Nationalrätin Edith Graf Litscher, Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «Digitale Nachhaltigkeit», vom Bundesrat wissen. Graf-Litscher bezeichnet die Stellungnahme des EDA als «unbefriedigend». Sie hofft auf noch häufige parlamentarische Vorstösse, die im Beschaffungswesen gleiche Chancen für Hersteller von freier und proprietärer Software fordern. Noch einmal die Gerichte bemühen können die Anhänger der Open-Source-Gemeinschaft nicht: Die Beschwerde gegen die Microsoft-Vergabe kostete sie eine Viertelmillion Franken. Jetzt ist die Kasse leer.

Bund prüft Risiko für Banken

Experten des Bundes prüfen, ob sich die Schuldenkrise in mehreren EU-Staaten zu einer Bankenkrise mit Auswirkungen auf die UBS, CS oder andere Schweizer Finanzinstitute ausweiten könnte: «In den nächsten Tagen ist eine Sitzung des Ausschusses Finanzfragen von Bund, Nationalbank und Bankenaufsicht geplant», bestätigt Mario Tuor einen Artikel der «NZZ am Sonntag». Laut dem Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen geht es darum, zu evaluieren, wie stark «Banken oder Versicherungen von indirekten

Effekten eines Staatsbankrotts von Griechenland oder anderen europäischen Staaten betroffen sein könnten». Bereits heute wisse man, dass Schweizer Institute nicht in grösserem Umfang direkt in griechische Anleihen investiert hätten. Unklar sei aber, ob Schweizer Firmen allenfalls mitgerissen werden könnten, wenn ausländische Finanzhäuser wegen der Schuldenkrise ins Schwanken geraten. «Die Situation ist nicht akut», betont Tuor. «Die Schweiz will aber rechtzeitig über Daten über die finanziellen Verflechtungen verfügen.» (dav)

Eugen Haltiner will Lehman-Bericht nicht geschönt haben

Der ehemalige Finma-Präsident weist Gerüchte zurück, er habe eine erste Fassung der Lehman-Untersuchung zugunsten der Credit Suisse korrigiert.

Bruno Schletti

Die Empörung war nicht nur unter direkt Betroffenen gross, als die Finanzaufsichtsbehörde (Finma) im März 2010 ihren Untersuchungsbericht zum Vertrieb von Lehman-Produkten veröffentlichte und die Einstellung der Untersuchung gegen die Credit Suisse bekannt gab. Die Aussage im Finma-Bericht, dass der Credit Suisse «in Einzelfällen Beratungsfehler unterlaufen» seien, empfanden die Tausenden geschädigter CS-Kunden als Affront.

Bald schon zirkulierte das Gerücht, eine erste, in ihren Schlussfolgerungen wesentlich kritischere Fassung des Berichts sei auf Druck der Grossbank entschärft worden. Die Finma selbst hat dieses Gerücht nie kommentiert.

Nun hat «Der Sonntag» Daten aus einem unveröffentlichten 35-seitigen Finma-Bericht publik gemacht. Daraus geht hervor, dass in der Schweiz 92 Banken Produkte der 2008 in Konkurs gegangenen amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers in Kundendepots gehalten hatten. Die 17 Banken mit den grössten Engagements sollen dem Bericht zufolge Lehman-Positionen von insgesamt 3,5 Milliarden Franken gehabt haben. 1,3 Milliarden lagen in Kundendepots bei der Credit Suisse – verteilt auf rund 10 000 CS-Kunden.

Einen Teil dieser Betroffenen hat die Credit Suisse mit insgesamt rund 150 Millionen Franken entschädigt. Ob sich die Bank auch gegenüber institutionellen Grosskunden wie Pensionskassen kulant gezeigt hat, ist nicht bekannt.

Der vom «Sonntag» zitierte Bericht zeigt – im Gegensatz zum offiziellen Finma-Bericht –, dass die Credit Suisse die Lehman-Produkte viel aggressiver verkauft hat als ihre Konkurrentin UBS. Während die UBS die strukturierten Produkte nur vermögenden Kunden angeboten habe, habe die CS diese auch Kleinkunden verkauft. Auch habe die CS im Gegen-

«Ich habe nie, wirklich nie, ein Dokument korrigiert, bevor es in den Verwaltungsrat gekommen ist.»

Eugen Haltiner, ehemaliger Finma-Präsident

satz zur UBS auf den Verkaufsprospekten das CS-Logo prominent platziert, obwohl Lehman Emittentin war und damit für den Kapitalschutz hätte haften müssen.

Die Aufsichtsbehörde wollte sich gestern zum unveröffentlichten Bericht nicht äussern. Sie verwies auf den offiziellen Bericht: «Dieser ausführliche Bericht mit dem Titel «Madoff-Betrug und Vertrieb von Lehman-Produkten: Auswirkungen auf das Anlageberatungs- und Vermögensverwaltungsgeschäft» war und ist unsere verbindliche Position in dieser Angelegenheit.»

Der auf Ende 2010 als Präsident der Finma zurückgetretene Eugen Haltiner reagiert erstaunt. Er könne sich nicht erinnern, dass es in dieser Sache eine erste

Fassung eines Untersuchungsberichts gegeben habe. Möglicherweise sei es ein «Arbeitspapier, das im Sinne einer Zwischeninformation an den Verwaltungsrat gegangen ist».

Dass er eigenhändig eine kritische Fassung des Berichts entschärft habe, weist Haltiner weit von sich: «Ich habe nie, wirklich nie, ein Dokument korrigiert, bevor es in den Verwaltungsrat gekommen ist.» Es sei allerdings die Regel gewesen, dass Berichte vor ihrer Publikation dem Verwaltungsrat vorgelegt worden seien. Der Verwaltungsrat habe diese «substanziell diskutiert» und sei «in der Lage gewesen, Korrekturen anzubringen». Ob das im Fall des Lehman-Berichts auch der Fall gewesen sei, habe er nicht mehr präsent.

Unter den geschädigten Credit-Suisse-Kunden fühlt man sich bestätigt. Calista Fischer, Sprecherin der Selbsthilfegruppe sagt: «Die Credit Suisse wurde als systemrelevante Bank gegen die legitimen Interessen der geschädigten Kleinsparer von der Finma höchstinstanzlich geschützt.» Für Fischer ist das ein Skandal. «Die Anleger-Selbsthilfe erwartet, dass das unsägliche Lehman-Kapitel von Politik, Behörde und betroffenen Banken endlich umfassend und schonungslos aufgearbeitet wird.»

Die Finma selbst ist aufgrund ihrer Untersuchung zum Schluss gekommen, dass der Schutz der Anleger in der Schweiz nicht ausreichend ist. Sie hat deshalb angeregt, zugunsten eines besseren Kundenschutzes die Vertriebsregeln für Bankprodukte zu verschärfen.

Anzeige

DER LEXUS RX 450h. VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE IN REINKULTUR.



3,9% PREMIUM-LEASING* ODER ATTRAKTIVE PREMIUM-OFFER.

OB MEHR ODER WENIGER: DIE BESTE PREMIUM-GELÄNDE-LIMOUSINE.

Mehr Leistung und Intelligenz dank Vollhybridtechnologie
Mehr Energieeffizienz dank Benzin- und Elektromotoren**
Mehr Serienausstattung als jeder andere in seiner Klasse
Mehr Kraftentfaltung dank Lexus Hybrid Drive (299 PS/220 kW)
Mehr Fahrvergnügen mit drei individuellen Fahrmodi
Mehr Sicherheit durch umfassendes Sicherheitskonzept
Mehr Hörerlebnis dank exklusivem Soundsystem
Mehr Auto fürs Geld, schon ab Fr. 86 900.-*

Weniger Verbrauch – bescheidene 6,3 l/100 km**
Weniger CO₂-Emissionen – tiefe 145 g/km**
Weniger Emissionen, im Stop-and-go-Verkehr sogar keine
Weniger Servicekosten, damit weniger Kosten im Unterhalt
Weniger Luftwiderstand dank tiefem C_w-Wert von 0,32
Weniger Geräusche dank perfekter Schalldämmung
Weniger Ablenkung beim Fahren dank bester Ergonomie
Weniger Wertverlust, denn es ist ein Lexus

Jetzt profitieren vom 3,9 % Premium-Leasing oder einer attraktiven Premium-Offert bei Ihrem Lexus Partner. Einsteigen. Probieren. Staunen. Ihr neuer RX 450h steht für Sie zur Probefahrt bereit. Mehr Infos unter: www.lexus.ch

DIE WEITEREN VOLLHYBRIDMODELLE VON LEXUS, DEM EINZIGEN ANBIETER EINER KOMPLETTEN VOLLHYBRIDFLOTTE:



GS 450h Vollhybrid



Neu: CT 200h Vollhybrid



LS 600h Vollhybrid

* Premium-Leasing-Konditionen: gültig für Vertragsabschlüsse bis 31.10.2011 und Inverkehrsetzung bis 29.02.2012. Unverbindlicher Nettopreis RX 450h Executive ab Fr. 86 900.-. Leasingrate monatlich Fr. 877,65 inkl. MwSt. Sonderzahlung 25% vom Nettopreis. 48 Monate, 10 000 km/Jahr. EÜ. Jahreszins: 3,97%. Kautions 5% des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Anstelle des Premium-Leasings können Sie auch von einer attraktiven Premium-Offert profitieren.
** Energieeffizienz-Kategorie B gemäss neuer Energieverordnung, gültig ab 1. August 2011. Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EC-Richtlinie 715/2007/EWG, gesamt 6,3 l/100 km. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 188 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufunterlagen sind europäische Kraftstoff-Normverbrauchsangaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den Eco-Drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.

LEXUS
HYBRID
DRIVE